

Der Preis für Weidmann wäre extrem hoch

Das europäische Kalkül der Kanzlerin: Welche Positionen ihr wichtig sind – und welche weniger



© Reuters

Was ist das Kalkül der Kanzlerin? Im politischen Alltag wäre für Angela Merkel ein EZB-Präsident Weidmann wohl eher unbequem.

BRÜSSEL. 23. August. Das Gerücht kommt zur Unzeit. Mehr als ein Jahr dauert es noch, bis Mario Draghi abtritt. Die achtjährige Amtszeit des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) endet im Oktober 2019. Die Bundeskanzlerin kann daher kein Interesse an Meldungen haben, sie verfolgt schon jetzt die Bewerbung von Bundesbankpräsident Jens Weidmann für die Draghi-Nachfolge nicht mehr vorrangig und schiele stattdessen darauf, das Amt des EU-Kommissionspräsidenten mit einem Deutschen zu besetzen. Dass sich Merkel dazu am Donnerstag am Rande ihres Georgien-Besuchs entsprechend einsilbig äußerte, überrascht nicht.

Ihre Aussage, es sei für Spekulationen über den neuen EZB-Chef noch zu früh, hat einen wahren Kern. Denn die Personalie wird Teil eines europäischen Gesamtpakets werden. Praktisch alle EU-Spitzenposten werden im kommenden Jahr neu besetzt. Wie Draghi wird auch Kommissionschef Jean-Claude Juncker im Oktober 2019 aus dem Amt scheidet, einen Monat später Ratspräsident Donald Tusk. Und in der EZB scheidet 2019 neben Draghi drei weitere Mitglieder des aus sechs

Personen bestehenden EZB-Direktoriums aus: der Belgier Peter Praet im Mai, der Luxemburger Yves Mersch im November und der Franzose Benoît Cœuré im Dezember. Schon Ende dieses Jahres hört Danièle Nouy auf, die Präsidentin der Euro-Bankenaufsicht in der EZB.

Über fast alle Posten entscheiden die EU-Staats- und Regierungschefs, meist unter Beteiligung des Europaparlaments. Die fachliche Eignung für eine Position steht nicht immer an erster Stelle. Vielmehr dürften wie so oft Proporzaspekte – große versus kleine Mitgliedstaaten, Nord gegen Süd, links gegen rechts – eine Rolle spielen. Und es gilt das alte EU-Prinzip, dass über nichts fest entschieden ist, bevor nicht das Gesamtpaket steht. Die Kanzlerin spielt zwar in der EU – als Regierungschefin des größten Mitgliedstaats, die zudem mit Abstand am längsten regiert – eine entscheidende Rolle. Auf mehr als einen Spitzenposten dürfte Deutschland aber nicht zugreifen können. Dafür, dass ihr die Kommission tatsächlich wichtiger ist, sprechen mindestens fünf Gründe.

Erstens wäre der Preis, den die Kanzlerin bei ihren EU-Kollegen als „Gegenleistung“ für Weidmann bezahlen müsste, extrem hoch. Mehrere südliche Eurostaaten, vor allem Italien, wehren sich mit Händen und Füßen gegen den Bundesbankchef, und es ist wenig wahrscheinlich, dass Deutschland im Europäischen Rat die notwendige qualifizierte Mehrheit zu seinen Gunsten zustande brächte, selbst wenn die Kanzlerin im Rennen um die anderen Spitzenposten keinerlei zusätzliche Interessen hätte.



© Matthias Lüdecke

Gilt als Merkel-Vertrauter: Aber kann die Kanzlerin auf Peter Altmaier in Berlin verzichten?

Diese Interessen hat sie aber – zweitens – durchaus. Denn nicht nur in der deutschen Innenpolitik, auch auf europäischer Ebene ist Angela Merkels Position längst nicht mehr so stark, wie sie einmal

war. Das liegt vor allem an ihrer auch in der EU umstrittenen Flüchtlingspolitik. Der jetzige Kommissionschef Jean-Claude Juncker ist einer der wenigen, der ihre Linie voll unterstützt. Um sich auf EU-Ebene durchsetzen zu können, dürfte Merkel künftig viel stärker als während der Euro-Krise darauf angewiesen sein, dass der Kommissionspräsident an ihrer Seite ist. Ein deutscher Chef der EU-Behörde, zumal ein enger Vertrauter, passt allemal besser in ihr politisches Kalkül als ein deutscher EZB-Chef.

Ohnehin gilt für Merkel drittens, was für jeden Politiker gilt: Ihr Interesse an politikfernen, unabhängigen und kritischen Zentralbankern ist gering. Weidmann hat in der Vergangenheit die Bundesregierung regelmäßig kritisiert und würde das als EZB-Präsident sicher fortsetzen. Umgekehrt hat die bisherige Niedrigzinspolitik der EZB unter Draghi auch dem deutschen Staat geholfen, seine Schulden abzubauen. Im politischen Alltag hätte Merkel von einem EZB-Präsidenten Weidmann so gut wie nichts, er wäre im Gegenteil eher unbequem für sie.

Viertens sind da die Randbedingungen der Europawahl im Mai 2019. Zum zweiten Mal sollen in dieser Wahl Spitzenkandidaten der einzelnen Parteienfamilien aufgestellt werden, und es soll die ungeschriebene Regel gelten, dass der Spitzenkandidat jener Partei auch Kommissionspräsident werden soll, welche die meisten Stimmen erhält. Die jetzige Ausgangslage lässt es als sicher erscheinen, dass die Europäische Volkspartei (EVP), zu der auch die Union gehört, die meisten Stimmen erhält und dass andere Parteien keine Koalition gegen sie bilden können. Die Vorentscheidung für den neuen Kommissionschef fällt also schon im November in Helsinki, wenn die EVP ihren Spitzenkandidaten nominiert. Auf diese Nominierung hat Merkel als CDU-Chefin einigen Einfluss.

Fünftens dürfte die Kanzlerin Interesse daran haben, keine neuen Konflikte mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron heraufzubeschwören. Dieser hat auf die Bestellung des neuen Kommissionschefs keinen direkten Einfluss, weil seine neue Partei „La République en marche“ an keine europäische Parteienfamilie angebunden ist und keinen Spitzenkandidaten mit Erfolgsaussichten unterstützen kann. Deshalb dürfte Macron bei einem anderen Spitzenposten ein gewichtiges Wort mitreden. Am nächsten liegt die EZB, auch wenn Frankreich mit Jean-Claude Trichet schon einmal den EZB-Präsidenten stellte.

Offen ist, ob Merkels Präferenz für den Kommissions-Spitzenposten auch auf einen deutschen EVP-Spitzenkandidaten hinausläuft. Es darf bezweifelt werden, dass die EVP-Delegierten ausgerechnet die ganz engen Merkel-Gefolgsleute Peter Altmaier und Ursula von der Leyen in dieser Funktion sehen wollen – abgesehen davon, dass bisher immer amtierende oder ehemalige Regierungschefs zu Kommissionspräsidenten berufen wurden. Dieses Argument spricht auch gegen den EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament, Manfred Weber. Der CSU-Politiker gilt zudem in deutschen Unionskreisen nicht als zugkräftiger Spitzenkandidat für die Wahl. Weiter im Rennen für den EVP-Spitzenkandidatenposten sind der frühere finnische Ministerpräsident Alexander Stubb, der irische Regierungschef Leo Varadkar und dessen Vorgänger Enda Kenny sowie der Franzose Michel Barnier, der derzeit für die EU-Kommission die Brexit-Verhandlungen mit der britischen Regierung führt. Kaum noch Chancen scheint IWF-Chefin Christine Lagarde zu haben. WERNER MUSSLER